

Großenhainer Unterhaltungs- und Anzeigebblatt.

Erscheinen:
Dienstag, Donnerstag und
Sonntags
mit Ausschluß der Feiertage.

Abonnement:
Bierteljährlich 10 Ngr.

Wirtsblatt

des Königlichen Gerichtsamts und Stadtraths zu Großenhain.

Redaction, Druck und Verlag von Hermann Starke in Großenhain.

Inseratenpreis:
Für den Raum einer Spalte
je 1 Ngr.

Inseratenannahme:
Bis Tags vorher spätestens
früh 10 Uhr.

Nr. 134.

Dienstag, den 18. November

1873.

Börse und Staat.

Das Geschrei nach Staatshilfe ertönt heute nicht allein aus dem Munde der Socialdemokraten, sondern Börsenmänner und Speculanten erheben dieselbe Forderung. In Oesterreich hat sich auch wirklich die Regierung vor Monaten durch dies Geschrei verleiten lassen, die Banknote zu suspendiren und sich zu einer Intervention zu entschließen. Es ist damit nichts weiter erreicht worden, als eine Verlängerung der Krisis.

Auch in Deutschland treten derartige Forderungen auf; wo sie sich aber erheben, werden sie von allen Seiten bekämpft, die an dem Börsenspiel untheilhaft geblieben sind. Wenn jemals Klagen der Landwirthe über Mangel und Theuerung des Credits laut wurden, dann waren es gerade die Börsenmänner, welche immer schnell den Grundsat bei der Hand hatten und versuchten: „derartige Krisen müssen von Innen überwunden werden“. Der Landwirth trägt aber die wenigste Schuld, wenn sich das Kapital der Landwirthschaft entzieht, um an Agotage und verheißenen hohen Dividenden theilzunehmen; er leidet unter der Manie, welche andere Leute ergriffen hat, und die er nicht zwingen kann, vernünftig zu sein. Wenn jedoch eine Börsenkrisis ausbricht, dann sind alle diejenigen allein daran Schuld, die dem Kapitalmarkt entweder zu viel zugetraut, oder den Unternehmern und Gründern zu viel Glauben geschenkt haben. Ihnen allen können wir auch nur zurufen: „derartige Krisen müssen von Innen überwunden werden“. Daß schließlich einmal eine Katastrophe ausbrechen und große Verheerungen anrichten mußte, wußten Alle seit Jahr und Tag. Schon im Herbst vorigen Jahres wurde man hinlänglich gewarnt, als die preussische Bank die Wechsel Derer nicht mehr discountirte, die als besonders eifrige Gründer galten. Im December 1872 erfolgte schon ein Rückgang der Course. Aber mit dem neuen Jahre ging man wieder frisch ins Zeug, als müßte die Calamität mit aller Gewalt vergrößert werden. Da krachte es zuerst in Wien, dann krachte es in Berlin und zuletzt krachte es auch bei uns. War je eine Börsenkrisis eine selbstverschuldet, so ist es diese. Man ging mit einer Leichtfertigkeit, mit einer absichtlichen Vernachlässigung aller Eigenschaften, die bei Leitung großer Geldinstitute unumgänglich sind, in die Geschäfte hinein, wie es in dem sonst so vernünftigen und besonnenen Deutschland wohl noch niemals vorgekommen ist.

Und da sollte nun der Staat interveniren, da sollte er das Vertrauen wieder aufrichten, nachdem es abhanden gekommen? Verdient denn überhaupt alle diese Unternehmungen von vornherein Vertrauen? Müßte nicht die Ueberstürzung aller möglichen Projecte ein ganz gerechtfertigtes Mißtrauen hervorgerufen? Hätte man damals von Staatswegen zur Vorsicht gemahnt, wie laut würden die Börsenleute geschrien haben über unberechtigte Eingriffe in das wirtschaftliche Leben, über den Unverstand, die neue Aera vom grünen Tische her zügeln zu wollen! So wie damals die Ueberspeculation nicht gestört sein wollte, so muß man auch heute ihr überlassen, die Folgen ganz allein zu tragen. Der Gesundungsproceß kann nur dann normal verlaufen, wenn alle nothwendigen Consequenzen der Ueberspeculation zur ungestörten Entwicklung kommen. Es darf nicht durch Hilfe von Außen her der Schein erweckt werden, die Krisis sei vorüber, wie schon vor Monaten in Wien. Nein, überlasse man die Krisis sich selbst, dann werden wir mit der Zeit wieder zu gesunden Zuständen gelangen.

Unzweifelhaft sind die Verluste schwer zu beklagen, denen die Einzelnen unterliegen, die an dieser tollen Jagd nach dem Glück Theil nahmen. Die Weltordnung straft alle Ausschreitungen streng, aber gerecht. Unter schweren Opfern lernen wir die hohe sittliche Wahrheit wiederfinden, daß uns nur das gehört, was wir durch täglich saure Arbeit erwerben und daß der leichtfertige Gewinn weder für den Einzelnen noch für die Nation eine Vermehrung des Wohlstandes ist, sondern gerade so flüchtig vergeht, wie er entstand. Wie gewonnen, so zerronnen! Es ist kein natürlicher Zustand, wenn das halbe Nationalvermögen der Börse anvertraut wird, wenn über den Credit der Handel- und Gewerbetreibenden wie der Landwirthschaft an der Börse entschieden wird. Die Börse traute sich unbegrenzte Kräfte zu; Alles sollte von ihr abhängig werden; Kapital und Credit wollte sie concentriren, aber Kapital und Credit dürfen in solcher Weise nicht concentrirt werden. Was war die Folge dieser Bestrebungen? Gründungen ohne Maß und Ziel, Vertheuerung der Arbeitslöhne und Rohstoffe, Entwerthung des Geldes, überflüssiger Credit nach der einen, knapper und theurer Credit nach der anderen Seite.

Die Erschütterung des Niesenbaues ist zugleich die Rückkehr zu gesünderen Grundsätzen und zu normaler Wirthschaft. Darum soll man die Krisis nicht aufhalten. Sie wird wieder eine größere Decentralisation des Kapitals und Credits herbeiführen, die Selbstverwaltung in ihr Recht einsetzt, sie wird die in die großen Städte zusammenge-

triebenen Arbeiter wieder über das Land zerstreuen, die Arbeitslöhne von ihrer unnatürlichen Höhe sinken machen, sie wird die Kapitalien wieder in andere Bahnen lenken und das übermüthige Geldprophethum wieder in seine Schranken zurückweisen. Genug, diese Krisis ist eine große sittliche Reinigung und ein Regulator der wirtschaftlichen Bewegung. Wäge sie uns zur Lehre und Besserung dienen, um nie wieder in die falschen Bahnen einer unnatürlichen Concentration des Kapitals und Credits an der Börse zurückzugleiten.

Politische Weltchau.

Für die Gesundheit eines Staates giebt es kein besseres Zeichen, als eine recht farblose Thronrede, welche gewissermaßen dem ruhigen Pulsschlag zu vergleichen ist. Die Thronrede, womit in voriger Woche der preussische Landtag eröffnet wurde, besitzt diese Eigenschaft in ziemlich hohem Grade. Zunächst constatirt sie die günstige Finanzlage des Staates, welche neben der Befriedigung laufender Bedürfnisse noch Ueberschüsse zu Neuschöpfungen und Verbesserung öffentlicher Einrichtungen gestattet. Namentlich sollen davon Stromregulirungen und Kanalbauten bestritten werden. In diesen Ueberschüssen steckt unzweifelhaft auch die Zeitungsstempel- und Kalendersteuer, von deren Abschaffung die Thronrede keine Silbe erwähnt. Wir sollten aber denken, bei so ungerechtfertigten und ungerechten Steuern hätte die Staatsregierung, wenn sie in der glücklichen Lage ist, sich eines Ueberschusses rühmen zu können, vor Allem die Pflicht, jene Steuern abzuschaffen. Geschicht dies nicht, so muß die Volksvertretung ihre Schuldigkeit thun und unablässig auf Beseitigung dieser schädlichen Steuern hinwirken. Die Thronrede verheißt ferner die baldige Vorlage des Verichts der Eisenbahn-Untersuchungs-Commission und eines Gesetzes über das Concessionswesen. Inzwischen werden im Lande Stimmen laut, welche die Errichtung von Darlehnskassen fordern, um der „gedrückten Lage der Industrie“ aufzuhelfen. Mit anderen Worten: man soll denjenigen Producenten, welche im Tummel des Gründungsschwinds die mannigfachen Anlagen geschaffen haben, die Möglichkeit gewähren, mit dem Verkauf ihrer Producte zu warten, bis höhere Preise eintreten. Es ist wohl zu erwarten, daß weder im Finanzministerium noch im Abgeordnetenhaus Neigung zu solchen Abenteuern vorhanden sein wird, mit denen man nur den Todeskampf wacklerer Institute verlängern und die Lage der Gläubiger und Actionäre verschlechtern würde. Zu beklagen ist es, daß keine Vorlage über die Civilehe in Aussicht gestellt ist. Ohne Einführung der obligatorischen Civilehe kann und wird man der kirchlichen Wirren nicht Herr werden. Oft und erschöpfend genug ist von der Presse nachgewiesen worden, daß die Eheschließung auf bürgerlichem Wege alle Gründe der Vernunft und des natürlichen Rechtes für sich hat. Die Geistlichen selbst müssen zugeben, daß in der heiligen Schrift sich nirgends eine Stelle findet, welche ausschließlich die Priester mit der Eheschließung beauftragt. Das deutsche Volk wußte bis vor zwei, drei Jahrhunderten noch so wenig von einer zwangsmäßigen kirchlichen Eheschließung des Ehebandes, daß Luther noch in seinem Traubüchlein lehrte: „Die Ehe ist ein weltlich Ding.“ Aber abgesehen von diesen Gründen hat sich jetzt ein Nothstand erzeugt, welcher gebieterisch den halbigen Erlaß eines solchen Gesetzes fordert. Nicht alle Katholiken stehen zum Unfehlbarkeitsdogma. Nun hat zwar die preussische Regierung die Altkatholiken anerkannt, aber in wie vielen Orten war es bisher unmöglich, den Beitritt zu dieser staatlich anerkannten Kirchengemeinschaft zu bewerkstelligen! Und in wie vielen dieser Orte sieht sich der Staat genöthigt, ungeseklich ernannten Geistlichen die Bestätigung zu verweigern und die von ihnen vollzogenen Handlungen für null und nichtig zu erklären. Welche Verwirrungen müssen daraus für das gesammte bürgerliche Leben entstehen! Es kann auch nicht behauptet werden, daß Preußen mit Einführung der Civilehe ein gewagtes Experiment unternehmen würde; denn in den meisten Staaten Europas besteht diese Ehe schon lange und zwar zum großen Segen der Bevölkerungen.

Die Frage wegen Erweiterung der Reichscompetenz auf das bürgerliche Recht, womit sich unsere sächsische I. Kammer bereits beschäftigt hat und die II. Kammer sich im Laufe dieser Woche beschäftigen wird, rief in der bairischen Abgeordnetenversammlung eine äußerst lebhaft debattirte Debatte hervor. Die Freunde und Feinde des Reiches bekämpften sich mit den schärfsten Waffen ernster und humoristisch-beißender Natur. Bött empfahl seinen Antrag auf das wärmste; er hob hervor, nur das Reich sei im Stande, ein gemeinsames Recht herzustellen. Das bairische Ministerium wolle wissen, wie die Kammer in dieser Frage denke. Auch das Reich wolle endlich erfahren, wie man in Baiern gefinnt ist. Nach langem Hin- und Herwogen der Debatte erklärte der Justizminister, der Bött'sche Antrag sei ihm äußerst willkommen, um sich über die Angelegenheit offen auszusprechen. Wie die Sache jetzt liege, könne er nur aufrichtig wünschen,

daß die Kammer den Antrag nicht zu einer fruchtlosen Verneinung verurtheilen möge. Die gemeinsame deutsche Gesetzgebung sei die idealste Frucht der wiedererwonnenen Einheit. Nach dieser mit großem Beifall aufgenommenen Rede fand Bött's Antrag Annahme.

Im österreichischen Reichsrathe sind die finanziellen Vorlagen eingebracht worden. In der That will die Regierung ein Silber-Anlehen von 80 Millionen Gulden aufnehmen, um der Börse zu Hilfe zu kommen. Als Zweck dieser Credit-Operation wird ausdrücklich die Herausgabe von neuen Banknoten bis zum gleichen Betrage bezeichnet, dazu dienend, erstens den Eisenbahnbau zu fördern, dann den Handel und die Industrie mittelst Vorschußkassen zu unterstützen. Der Börse wird also theils direct, theils indirect unter die Arme gegriffen; letzteres dadurch, daß die Vorschußkassen ermächtigt werden, alle möglichen Papiere in Kost zu nehmen. Diese Finanzmaßregeln begegnen in den Wiener Blättern einer ausnahmslos ungünstigen Kritik, freilich aus sehr verschiedenen Beweggründen. Die einen tabeln, daß der Staat der bebrängten Börse zu Hilfe kommen sollte; die anderen, daß er ihr nicht längst schon zu Hilfe gekommen sei; alle aber sind darin einig, die gegenwärtige Situation für eine überaus trostlose zu bezeichnen. Das Reich ist in seinem Wohlstande erschüttert und seufzt unter dem doppelten Drucke der Mißernten und einer beispiellosen wirtschaftlichen Katastrophe.

In der Schweiz hegt man jetzt die besten Hoffnungen auf das Zustandekommen des Revisionswerkes, nachdem die Beschlüsse des Nationalraths in der Militärfrage die Grundlage zur Verständigung gelegt haben. Was die kirchlichen Zustände anlangt, so ist anzuerkennen, daß das Vorgehen der Berner Regierung im Jura an Entschiedenheit nichts zu wünschen übrig läßt.

Die Nachrichten aus Italien stimmen darin überein, daß in der Umgebung des Papstes jetzt eine trübe Stimmung herrscht. Pius IX. ist namentlich durch den Passus der österreichischen Thronrede, welcher auf das Verhältniß der Kirche zum Staate nach factischer Beseitigung des Concordats Bezug nimmt, sehr schmerzlich berührt worden.

Aus Frankreich ist noch immer keine Entscheidung zu melden. Die Confusion der Bestrebungen, Pläne und Intriguen aller Parteien dauert fort und es ist uns unmöglich, den rothen Faden einer vernünftigen Entwicklung darin zu erblicken. Ein Theil der Legitimisten will gegen die Verlängerung der Gewalten Mac Mahon's stimmen, um keine festen Verhältnisse aufkommen zu lassen, weil sie hoffen, daß das gepeinigete Frankreich dann endlich sich dazu entschließen werde, den „Koh“ zurückzurufen. Ein anderer Theil, zu welchem die Bonapartisten halten wollen, soll beabsichtigen, nur dann die Verlängerung zu bewilligen, wenn ausdrücklich erklärt wird, daß der Titel eines „Präsidenten der Republik“ in dem Gesetz als ein provisorischer bezeichnet werde. Dagegen hat das linke Centrum den entschiedenen Willen, dem Provisorium ein Ziel zu setzen, und erklärt sich bereit, die Präsidenschaft Mac Mahon's zu verlängern, indem sie das Gesetz der Verlängerung mit der schnellsten Organisation der Gewalten der Republik eng verknüpft. Ob nun die Verlängerung auf 10, 7 oder 5 Jahre, vielleicht auch auf noch kürzere Zeit ausgesprochen werden wird, verdeckt noch Alles der Schleier der Ungewißheit.

Eine zwischen Spanien und Nordamerika entstandene Verwicklung nimmt unter den auswärtigen Nachrichten unstreitig den ersten Platz ein. Wie bekannt, ist die westindische Insel Cuba schon seit länger als einem Jahre im vollen Aufbruch gegen die spanische Herrschaft begriffen; und noch viel länger blicken die Yankee's mit verlangenden Augen nach dem schönen Eiland hinüber, der Perle der Antillen, die von den unendlichen Gebieten, welche Spanien noch zu Anfang dieses Jahrhunderts in der neuen Welt besaß, fast das einzige Ueberbleibsel ist. In diesen Tagen nun hat die thörichte Verblendung der spanischen Regierung den Nordamerikanern einen willkommenen Vorwand zur Einmischung in die cubaischen Verhältnisse gegeben. Ein spanisches Kriegsschiff nahm nämlich das nordamerikanische Fahrzeug „Virginius“ weg, an dessen Bord eine Anzahl von der spanischen Regierung in contumacium zum Tode verurtheilter cubaischer Insurgenten sich befand. Auf Befehl des spanischen Gouverneurs wurde der Capitän und 48 jener gefangenen Leute erschossen. Vergeltung hatte die Washingtoner Regierung in Madrid gegen die Ausführung der Hinrichtungsbefehle protestirt und einen solchen Act als ein Vergehen gegen die Menschlichkeit und Civilisation sowie einen Schimpf für die Vereinigten Staaten bezeichnet; die Hinrichtung der Gefangenen wurde vollzogen, angeblich weil wegen einer Störung des transatlantischen Kabels der Aufschubsbefehl aus Madrid zu spät kam. Wir können zwar nicht beurtheilen, ob die Spanien mit ihrer immerhin brutalen That nach formellem Rechte verfahren sind, klug aber war es sicher nicht, das mächtige